



Axel Knoerig Bericht aus Berlin

www.Axel-Knoerig.de

30. Januar 2015 / Nr. 02

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

mit Blick auf **Griechenland** ist es schon erstaunlich, wie schnell sich linke Wahlsieger und rechte Populisten zu einer Regierung zusammengefunden haben. Doch auch das neue Bündnis ist weiterhin an alle Verträge mit den europäischen Partnern gebunden. EU-Kommissionspräsident Juncker hat Athen dazu aufgerufen, mit Brüssel zusammenzuarbeiten. Einen Schuldenerlass, wie ihn der neue Ministerpräsident Alexis Tsipras fordert, werde es nicht geben. Schließlich sind nicht die Troika, Brüssel oder Berlin schuld an der griechischen Misere, sondern das jahrzehntelange Versagen der eigenen Eliten.

Die „**Grüne Woche**“ in Berlin ist die weltgrößte Landwirtschaftsausstellung. Um mich mit Fachleuten und Gästen aus der heimischen Region auszutauschen, bin ich eigens zum Niedersachsenabend angereist. Traditionsgemäß traf ich mich u.a. mit Vertretern des Landvolks Mittelweser wie den Vorsitzenden Tobias Göckeritz und Lars Nordbruch.



Treffen auf der „Grünen Woche“ mit Andreas Mattfeldt MdB, Hans-Günther Jahn aus Scholen und Georg Friedrich Prinz von Preußen (von links)

Um die Deflationsgefahr im Euroraum zu bekämpfen, wird die **Europäische Zentralbank (EZB)** ab März verstärkt Staatsanleihen von Mitgliedsstaaten

erwerben. Bis September 2016 sind dafür insgesamt 1,1 Billion Euro eingeplant. Mit niedrigen Zinsen sollen das Wirtschaftswachstum angekurbelt sowie Investitionen und Konsum gefördert werden. Zurzeit liegt die Inflationsrate in Europa bei -0,2 Prozent. Aufgrund der niedrigen Zinsen benachteiligt dieses neue Programm der EZB vor allem die privaten Sparer. Alle EU-Mitgliedsländer sind dazu angehalten, die eigene Haushaltskonsolidierung und innerstaatliche Reformen voranzubringen.



Bereits zum zweiten Mal wurde eine Gruppe der **Christian-Hülsmeyer-Schule Barnstorf** von der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgezeichnet. Die Jugendlichen gewannen einen Preis beim Wettbewerb „denkt@g“, auf den ich in der hiesigen Presse hingewiesen hatte. Die engagierte Arbeit der Lehrerinnen Dorit Schierholz (r.) und Sabine Klatte (2.v.r.) begleite ich seit längerem mit großem Interesse. Der Schülerwettbewerb befasste sich mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

Alle **Mitglieder der Jungen Union** in meinem Wahlkreis können sich für einen Studienaufenthalt in **Taiwan** bewerben. Das Stipendium umfasst sowohl die Universitäts- als auch Lebenshaltungskosten. In allen Fachbereichen können Studien für Bachelor, Master oder Ph.D (max. zwei bis vier Jahre) betrieben werden. In Kürze bekommt jedes JU-Mitglied ein ausführliches Informationsschreiben zum Auswahlverfahren!

In dieser Woche im Parlament

Vor 70 Jahren befreiten Einheiten der Roten Armee die überlebenden Insassen des Konzentrationslagers Auschwitz. Seit 1996 ist der 27. Januar nationaler Gedenktag für die **Opfer des Nationalsozialismus**. Bundespräsident Joachim Gauck erinnerte daher am Dienstag im Bundestag an unsere Verantwortung für das bis heute andauernde Leid der Opfer. Unser Staat ist 1949 in Anerkennung der historischen Schuld gegründet worden. Eine Auseinandersetzung damit gehört für uns, wie die Solidarität mit Israel, zur deutschen Staatsraison. Unser Land hat sich neu gefunden als europäischer weltoffener Staat, der politisch Verfolgten Zuflucht gewährt und sich für Frieden und Völkerverständigung einsetzt.

Genauso wichtig ist es, dass Menschen ihre Heimat gar nicht erst verlassen müssen und die Weltgemeinschaft verbrecherischen Regimen entschieden entgegentritt. Darum helfen wir bei der Ausbildung der Sicherheitskräfte der Regierung in Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte. Mit Hilfe der **internationalen Unterstützung** konnte die Terrormiliz IS aus eroberten Gebieten verdrängt werden.

Mit Schrecken registrieren wir neue Gewaltexzesse in der **Ostukraine**. Alle, die vorschnell die deutlich wirksamen Sanktionen gegen Russland beenden wollen, sollten die Lageanalyse der unabhängigen Beobachter einsehen: Die von Russland unterstützten Rebellen sind für eine Ausweitung der Kämpfe verantwortlich. Sollte Präsident Putin dieser Eskalation keinen Einhalt gebieten, muss eine Verschärfung der Sanktionen erwogen werden. Wir arbeiten beharrlich an einer Lösung, die den Menschen in der Ukraine den Frieden zurückbringt.

Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung umreißt die Grundlagen der Wirtschafts- und Finanzpolitik in diesem Jahr. Es ist festzustellen, dass unter der unionsgeführten Bundesregierung das deutsche Wirtschaftswachstum (trotz schwelender geopolitischer Risiken) wieder an Dynamik gewinnt. Die entscheidenden Antriebskräfte sind ein starker Arbeitsmarkt und steigende Einkommen. Mit 42,7 Millionen Erwerbstätigen in 2014 hat Deutschland einen neuen **Beschäftigungsrekord** erreicht. Und die hohe Zahl offener Stellen weist auf eine weiter steigende Arbeitsnachfrage hin.

Um die gute wirtschaftliche Lage weiter zu fördern, wollen wir nun mit dem Koalitionspartner über

private und öffentliche Zukunftsinvestitionen sprechen. In der Bundesregierung besteht bereits Konsens darüber, ...

- eine mittelstandsfreundliche Erbschaft- und Schenkungsteuer zu erhalten,
- die kalte Progression möglichst in dieser Wahlperiode zu mildern,
- mit einem Tarifeinheitsgesetz Tarifkollisionen aufzulösen
- flexiblere Beschäftigungsoptionen im Alter zu prüfen,
- den Bürokratieabbau voranzubringen und
- das Freihandelsabkommen TTIP erfolgreich abzuschließen.

Seit 2012 sind mindestens 600 **Islamisten**, davon über die Hälfte deutsche Staatsbürger, in Richtung Syrien und Irak ausgereist. Die Ausreise von militärisch ausgebildeten Kämpfern gefährdet die Stabilisierung von Krisenregionen. Gleichwohl besteht ein erhebliches Risiko, dass kampferprobte Rückkehrer in Deutschland Anschläge planen. Ihnen kann der Reisepass und nun auch der Personalausweis entzogen werden. Als weitere Maßnahmen wollen wir den Versuch der Ausreise mit terroristischen Motiven unter Strafe zu stellen und terroristischen Vereinigungen die finanzielle Grundlage entziehen. Auch benötigen wir dringend Mindestfristen zur Speicherung von Verbindungsdaten. Es ist nicht nachvollziehbar, dass 23 EU-Mitgliedstaaten auf dieses Mittel zur Terrorbekämpfung setzen, Deutschland aber weiterhin darauf verzichtet.

Zu Gast in Berlin



Foto: Deutscher Bundestag/Inga Haar

40 Gäste aus dem **Sulinger Land** besuchten jetzt den Deutschen Bundestag in Berlin. Der Informativonstermin fand im Rahmen einer dreitägigen Reise des Sulinger Busunternehmens Gaumann zur „Grünen Woche“ statt.



Im Wahlkreis



Auf dem BVL-Campus in Bremen traf ich kürzlich Prof. Dr. Josef Decker (r.) und Dr. Katharina Schäfer, die einer **Logistik-Hochschule** in Syke gute Chancen einräumen. Zu diesem Thema habe ich bereits einen Runden Tisch mit Fachleuten organisiert, demnächst wird ein Infotermin für interessierte Firmen auf dem Campus angeboten.



Die diesjährige **Neujahrswanderung** des CDU-Kreisverbandes Diepholz ging durch die Samtgemeinde Schwaförden. Anschließend wurden ein Grünkohlessen sowie ein Doppelkopfturnier in der Gaststätte Paga in Ehrenburg ausgerichtet. Die Verbände im Sulinger Land, namentlich Bernd Fredrich und Rainer Klusmann (r.), hatten die Veranstaltung bestens vorbereitet. Als Hauptpreis hatte ich eine Berlin-Reise gestiftet, die Heinrich Schäfer (l.) aus Affinghausen gewann.



Zum Neujahrsempfang hatte die **Neuapostolische Kirche** in Sulingen für Sonntag eingeladen. Als Bezirksältester referierte Raimund Knoll über die 150-jährige Geschichte der Religionsgemeinschaft, der 110 Mitglieder in unserer Region angehören.



Die **Barnstorfer Ortsgruppe der IG BCE** (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie) feierte jetzt ihr 60-jähriges Bestehen. Auf der Jubiläumsveranstaltung im Gasthaus Schröders stellte ich in meinem Grußwort u.a. das neue Fracking-Gesetz vor, das einen guten Kompromiss für Trinkwasser sowie Erdgashersteller darstellt. Für die Tombola stellte ich gern eine Berlin-Reise zur Verfügung. Hier sieht man mich mit Holger Rabbe, dem örtlichen stellvertretenden CDU-Vorsitzenden.

Tipps und Hinweise

Beim Wettbewerb „**Stadt, Land, Netz!**“ sind 100 wegweisende Ideen für die digitale Welt gesucht. Unternehmen, kulturelle und soziale Einrichtungen, Vereine sowie private Initiatoren können sich mit ihren Vorschlägen bis zum 15. März 2015 auf www.ausgezeichnete-orte.de bewerben.

Mit historischen „Außenseitern“ sollen sich Schüler, Azubis und Studenten unter 21 Jahren beim **Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten** beschäftigen. Entscheidend ist ein regionaler Bezug zum Wohn-/Schulort bzw. biografischer Bezug zur eigenen Familie. Die Teilnahme erfolgt bis 28. Februar 2015 über www.geschichtswettbewerb.de.

Heute gibt es **Halbjahreszeugnisse**. Dazu wünsche ich allen Schülerinnen und Schülern viel Erfolg!

Mit besten Grüßen

Axel Knoerig MdB